

EVELIN WITTICH

Die erste Kanzlerkandidatin

Befunde und Thesen zum Thema Frauen und Politik

Am 30. Mai 2005 verkündeten CDU und CSU ihre Entscheidung in der so genannten K-Frage. Einstimmig einigte »man« sich auf Angela Merkel. Nun gibt es allerorten Diskussionen, die bei der Wahl auf einen männlichen Kandidaten sicher anders ausgefallen wären. Eine Blitzumfrage des Frühstücksfernsehens ergab ein zwar nicht repräsentatives, aber interessantes Bild: Frauen begrüßten die Kandidatur, jüngeren Menschen war die Wahl eher gleichgültig und ältere Herren fanden es gar nicht gut, womöglich von einer Kanzlerin regiert zu werden. Neues Deutschland kommentierte: »Angela Merkel hat viel auf sich genommen an Spott, Hohn, Niedertracht und Intrigen – und in gleicher Weise gegen all das agiert. Nur deshalb konnte sie sich durchsetzen. Denn dass Frauen per se eine andere, womöglich gar menschlichere Politik machen, weil sie eine andere Form des Umgangs pflegen, sensibler sind oder nicht so beratungsresistent wie ihre männlichen Kollegen – diesen Beweis blieb die Frau mit der DDR-Vergangenheit bislang fast durchgängig schuldig. ... Es gibt keine Quote in der Union. Die Frau war vielfach einfach der bessere Mann – ganz so wie andere Geschlechtsgenossinnen, die sich zu behaupten wussten: Siehe Margret Thatcher oder Birgit Breuel. Und die Konzepte der Union werden nicht besser, nur weil sie ein weiblicher Mund vielleicht fortan verkündet.«¹

Ist also die Kanzlerkandidatur von Angela Merkel eine Fehlanzeige in Sachen gerechterer Geschlechterverhältnisse?

Parteien, auch solche mit einem emanzipatorischen Ansatz wie linke, sozialistische Parteien, haben sich m. E. bisher viel zu wenig mit der Frage beschäftigt, was es für Politik und Gesellschaft bedeuten könnte, wenn tatsächlich gerechte Verhältnisse zwischen Männern und Frauen Realität wären. Viele Fragen wären da zu stellen und zu beantworten: Wie müssen Frauen in den

Augen der Öffentlichkeit sein, um anerkannt Politik zu machen? Welche Sichten haben Frauen auf Politik, Wahlen und eigenes politisches Engagement? Gäbe es unter den Bedingungen gerechter Geschlechterverhältnisse andere Institutionen, andere Umgangsformen? Wäre die Gesellschaft sozialer, kinderfreundlicher, phantasievoller, lebenswerter? Was wäre wirklich anders?

Ganz gleich, wie die Antworten ausfallen, es lohnt sich, ihnen nachzugehen.

Als sicher ist aber anzunehmen, dass Antworten auf diese Fragen keinen Ausschlag für CDU/CSU gegeben haben, um Angela Merkel zur Kanzlerkandidatin zu machen.

Frauen sind wahlentscheidend

Parteien sind an Frauen vor allem dann interessiert, wenn es um ihr Verhalten bei Wahlen geht, also insbesondere in Wahljahren. Aber eigentlich ist auch dieses Interesse nur halbherzig, denn auch hier bleiben viele Fragen zum Wahlverhalten von Frauen offen und werden nicht ernsthaft untersucht, um in Politikangebote umgesetzt zu werden. Dabei waren und sind Frauen für alle Parteien, aber insbesondere für solche mit emanzipatorischem Anspruch wie die PDS, wahlentscheidend. In der PDS wurde in den 90er Jahren registriert, dass sie bei Frauen besonderen Zuspruch erfährt. Weshalb das so war und weshalb dies bei den Bundestagswahlen 2002 nicht mehr galt, wurde bisher wenig untersucht und diskutiert. Selbst die bloße Tatsache wird nur punktuell wahrgenommen. Dabei – und das ist meine These – können Frauen für sozialistische Politik am erfolgreichsten dann gewonnen werden, wenn diese sich authentisch auf linke Politikangebote konzentriert und wenn diese durch glaubwürdige, überzeugende und intelligente Personen vertreten werden.

Die PDS verdankt ihren Wahlgewinn bei den Bundestagswahlen 1998 und bei den Berliner Wahlen 2001 entscheidend der weiblichen Wählerschaft, gleichzeitig

¹ Gabriele Oertel: Keine Quote, Neues Deutschland vom 31. Mai 2005, S.1.

war der Stimmenverlust der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 überproportional weiblich.²

Frauen haben offenbar eine Sicht auf und Erwartungen an Politik, Parteien, Politiker, Politikerinnen und Wahlen, die sich von der bzw. den männlichen unterscheidet, obwohl es keinen signifikanten Unterschied in der politischen Interessiertheit zwischen Männern und Frauen gibt. Mit »Frauen« ist hier immer eine Mehrheit gemeint. Selbstverständlich gibt es auch Frauen, die sich in ihrem Politikverständnis und in ihrem Kommunikationsverhalten kaum von Männern unterscheiden und umgekehrt gibt es Männer, die darin Frauen gleichen.

Allerdings haben Frauen durch Erfahrungen in ihrer Lebenswelt offenbar andere bzw. modifizierte Probleme im Vergleich zu Männern. Stärker als Männer führen sie diese auf gesellschaftliche Verhältnisse zurück und sind der Auffassung, dass sie veränderungsbedürftig sind. Frauen neigen stärker als Männer dazu, Wahlen fernzubleiben, sie sind in der Nichtwählerschaft überrepräsentiert. Ein Grund dafür kann sein, dass Frauen weniger taktisch wählen als Männer, die ihre Stimme der Erfolgsaussichten wegen auch mal einer Partei geben, die dann das »kleinere Übel« ist.

Es gibt mehr »linke« Frauen als »linke« Männer in Deutschland

Die PDS und inzwischen auch die WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) machen politische Angebote an Menschen mit gesellschaftskritischen Positionen, alternativen Gesellschaftsbildern und Zukunftsvorstellungen. Ein solches Segment existiert in der Gesellschaft der Bundesregierung und es ist nicht gerade klein. In den westlichen Bundesländern liegt der Anteil eines solchen linken Potenzials bei 12 bis 14 Prozent, im Osten bei 23 bis 25 Prozent. Frauen sind in diesem linken Potenzial verstärkt vertreten, es gibt also mehr »linke« Frauen als »linke« Männer in Deutschland.³ Die PDS und die WASG müssten demnach eigentlich bei Frauen erfolgreicher sein als bei Männern.

Es sind auch keinesfalls die so genannten Frauenthemen, die Parteien für Frauen wählbar machen. Wir wissen, dass damit nur eine Minderheit von ihnen ansprechbar ist. Viele Untersuchungen belegen, dass Frauen sich stärker auf die Politikfelder soziale Sicherung, Zukunftsaussichten für nachfolgende Generationen, Ausbildung, Gesundheit, Altersvorsorge usw. orientieren als Männer.

Es kann begründet vermutet werden, dass Frauen stärker generationenübergreifend denken und damit positive Zukunftsorientierungen für sie wichtig sind. Von Bedeutung könnten auch Erfahrungen sein, dass im Zuge aktueller »Reformen« erreichte Fortschritte in der Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen wieder verloren gehen.

Untersuchungen zum Wahlverhalten von Frauen bei den Bundestagswahlen 2002 ergaben, dass Frauen eine offene und tolerante Gesellschaft mehr bedeutet als Männern.⁴ Vor die Alternative »Leistungs- oder Solidargesellschaft« gestellt, sprechen sich sechs von zehn Frauen, aber nur vier von 10 Männern für eine Gesellschaft aus, in der Solidarität mehr als Leistung zählt. Wie bei keiner Wahl vor 2002 verbanden sich diese unterschiedlichen Wertvorstellungen mit den durch die Wählerinnen und Wähler wahrgenommenen Lebensentwürfen der Spitzenkandidaten: Schröder und Fischer standen 2002 für Moderne und sozialen Ausgleich, Stoiber für Leistung und Tradition. Nahezu der gesamte Gewinn der SPD zu den Bundestagswahlen 2002 kam im Osten von Frauen. Der Frauenanteil bei der SPD betrug 52 Prozent, bei den Grünen lag er sogar bei 55 Prozent Frauen und 45 Prozent Männer.

»Insgesamt zeigt sich, dass Frauen in der Politik zunehmend ihre eigenen Wege gehen und aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und des homogenen Wahlverhaltens von jüngeren und älteren Frauen auch die Richtung im Lande vorgeben können.«⁵

Die rot-grüne Regierungskoalition wurde 2002 also vor allem von Frauen gewählt: 51 Prozent der Frauen, die zur Wahl gegangen sind, haben Rot-Grün gewählt – 44 Prozent haben für Schwarz-Gelb gestimmt. Das bestätigt die Aussage, dass es mehr linke Frauen in Deutschland gibt als Männer. Das gilt für den Westen aber erst ab 1972, vorher wählten Frauen eher konservativ – also CDU.⁶

Traditionelle Bindungen von Frauen an Parteien, auch an die PDS, werden relativiert, spielen eine immer geringere Rolle. Wenn Gregor Gysi 1990 feststellte: »Frauen sind treuer« (bezogen auf das Verbleiben in der PDS), stimmt das heute so nicht mehr.

Frauen sind in der Regel keine Protestwählerinnen. Sie sehen auf Programmatik und Politikangebote der Parteien und wählen auch weniger eine Partei, nur um die etablierten Parteien zu ärgern. Möglicherweise wirkt die Personalisierung von Politik bei Frauen stärker als bei Männern.

2 Diese und die folgenden Angaben im Text nach: Dietmar Wittich 2003: Die Wählerin – Das unbekanntes Wesen.

3 Vgl. : Der kleine Unterschied: Frauen wählen linker, in: Der Tagesspiegel, 25. Oktober 2001.

4 Aus: Wolfgang Hartenstein/Rita Müller-Hilmer: Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen – Neue Allianzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Das Parlament, 9. Dezember 2002.

5 Ebenda.

6 Dieter Roth/Mathias Jung: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Das Parlament, 9. Dezember 2002.

Besonderheiten im Verhältnis von Frauen und Politik

Drei Punkte sollen festgehalten werden, wenn es um das Verhältnis von Frauen und Politik geht:

Erstens: Frauen haben sozialisationsbedingt andere Kommunikationsformen und Wahrnehmungen als Männer und reagieren demnach mitunter anders auf politische Entwicklungen, die Selbstinszenierung von Politikern, Medienpräsenz von Politik usw.

Zweitens: Es gibt nicht »die Frau(en)« an sich. Zum einen bilden Frauen keine homogene Masse, zum anderen sind sie nie »nur Frauen«, sondern immer auch und z. T. viel stärker: Ost- oder Westdeutsche, Erwerbslose oder Erwerbstätige, Mütter oder Frauen ohne Kinder, Mitglieder von Parteien oder Parteilose. Sie sind also eingebunden in ihre sozialen, politischen, kulturellen Kontexte.

Drittens: Jene Eigenschaften, die Frauen und Männern zugewiesen werden – das »typisch Weibliche« oder »typisch Männliche« – erwachsen aus Interessen, Erfahrungen und Konventionen. Oft werden dabei Männer stärker und Frauen schwächer gemacht, werden die Hierarchien, die es in der Wirklichkeit gibt, noch verstärkt.

Spezifische Kommunikationsformen von Frauen und von Politikerinnen

Frauen kommunizieren anders: Treffen an Stammtischen haben bei ihnen wenig Tradition. Frauen sind besonders erfolgreich beim Knüpfen von und arbeiten in Netzwerken. Das wiederum hängt mit ihren spezifischen Kommunikationsformen zusammen und mit ihrer Art und Weise, Informationen aufzunehmen, sie zu bewerten und mit ihnen umzugehen. Frauen bevorzugen es, Informationen schnell und umfassend fließen zu lassen und durch horizontale Informationen zu Entscheidungen, Beschlüssen zu kommen. Für Männer sind Informationen häufig Machtinstrumente, die hierarchisch verteilt werden und in dünnen, möglichst undurchlässigen Kanälen fließen.⁷ Auch deshalb haben erfolgreiche Teile des Unternehmensmanagements längst begriffen: Frauen stellen häufig in Teams den sozialen Zusammenhalt her, sie haben soziale Kompetenz und können Konflikte reibungsloser als Männer lösen.

Das spielt in Parteien, jedenfalls ist das die Erfahrung in der PDS, gegenwärtig nur eine marginale Rolle. Käme es stärker zum Tragen, gäbe es auch mehr Chancen, Frauen zur aktiven Mitarbeit anzuregen und zu gewinnen. Ein selbstbewusstes Bekenntnis von Frauen zu Macht ist dringend zu fördern. Frauen sollten nach Macht streben und sie nicht ablehnen, sondern lernen,

⁷ Vgl. Ute Erhardt: Die Klügere gibt nicht mehr nach, Wolfgang Krüger Verlag, Frankfurt am Main 2000, S. 176 ff.

auf ihre Weise damit umzugehen. Häufig äußern sich Frauen über Macht, als wäre sie etwas Unanständiges, etwas Abzulehnendes. Das ist aus ihrer durch Jahrhunderte geprägten Sozialisation erklärbar und war auch gesellschaftlich so gewollt. Brechen Frauen aus diesen Verhaltensmustern aus, werden sie natürlich zunächst mit Männern verglichen und verhalten sich so – wie es von Frau Merkel berichtet wird. Andererseits ist auch nicht selten zu spüren, dass von Frauen in Machtpositionen etwas anderes erwartet wird. Die überparteiliche Fraueninitiative in Berlin (ÜPFI), die von Parlamentarierinnen aus SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegründet wurde, versucht mit ihrer Arbeit, Politikerinnen darin zu bestärken.

Öffentlich sichtbar gelingen kann das jedoch m. E. erst, wenn Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung auch in Schlüsselpositionen der Gesellschaft verankert sind. Staatliche Instrumente wie das Gendermainstreaming können dafür genutzt werden – bei aller Kritik, die daran auch artikuliert werden muss.⁸ Deshalb sind Frauen als Identifikationsfiguren in der Politik wichtig und bei Wahlen müssen Frauen präsent sein!

Frauen als Persönlichkeiten in der Politik

Was zeichnet Politikerinnen aus, die erfolgreich sind oder öffentlich als erfolgreich wahrgenommen werden?

Interessant ist die Betrachtung von Landtagswahlen, bei denen Frauen auch Frauen wählen konnten: Heide Simonis verdankte ihre Wiederwahl in Schleswig-Holstein 2000 den Frauen. Ute Vogt verbuchte 2001 in Baden-Württemberg einen sensationellen Erfolg vor allem bei den 35 bis 44jährigen Wählerinnen. Untersuchungen über den Berliner Frauenschatz 1990 ergaben eindeutig, dass Politikerinnen eher partizipativ und kooperativ agieren und sich weniger ressortegoistisch verhielten.

In den Medien werden Frauen nicht selten auch etwas eigenwillig dargestellt. Die Professorin, Ex-Senatorin und Ex-Ministerin Heide Pfarr formulierte ihre Sicht auf die Erwartungen von Medien an Politikerinnen wie folgt: »Sie dürfen nicht kaltherzig sein, aber auch nicht zu warmherzig. Sie müssen attraktiv sein, aber auch nicht zu sehr. Sie müssen professionell sein, aber nicht zu viel.« Sonia Mikich (Leiterin des ARD-Magazins »Monitor«) beschreibt das Verhalten von Frauen gegenüber Medien – übrigens in seltener Übereinstimmung mit ihrer Kollegin Sabine Christiansen: »Frauen treten nur vor, wenn sie wirklich etwas zu sagen haben. Männer trauen sich schneller ins Gespräch – und in die Szene.«

⁸ Vgl. Barbara Nohr, Silke Veth (Hrsg.): Gender Mainstreaming – Kritische Reflexionen einer neuen Strategie, Karl Dietz Verlag Berlin 2002, Texte 7 der Rosa Luxemburg Stiftung.

Das alles ist zu berücksichtigen, wenn Frauen für den Weg in die Politik gewonnen werden bzw. in der Politik unterstützt werden sollen.

In der PDS gibt es eine Reihe von Frauen in führenden Funktionen. 1998 gab es in drei der fünf PDS-Landtagsfraktionen in den östlichen Bundesländern eine weibliche Fraktionsvorsitzende und im Berliner Abgeordnetenhaus eine Doppelspitze. Inzwischen sind es nur noch zwei Fraktionsvorsitzende, allerdings wird die PDS im Bundestag ausschließlich von Frauen, Petra Pau und Gesine Löttsch, vertreten und Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes. In der WASG ist eine Quotierung zumindest in der ersten Reihe nicht auszumachen.

Wie werden die Wählerinnen die Kanzlerkandidatin Angela Merkel honorieren? Maßstab dafür können die Ergebnisse der Europawahlen 2004 sein, bei der die CDU 45 Prozent der Stimmen aller wahlbeteiligten Männer und 44 Prozent der Stimmen aller wahlbeteiligten Frauen erhielt.

Und immer wieder die Quote

Die Quote ist ein wenig geliebtes, aber unverzichtbares Mittel, um Frauen in politische Verantwortung zu bringen. Sie darf nicht in Vergessenheit geraten. 77 Prozent der Frauen in der Bundesrepublik begrüßen die Quote.⁹ Sie muss immer wieder eingefordert werden und vor allem müssen Kandidatinnen für die so genannten Quotenplätze langfristig aufgebaut werden.

Frauen in öffentlichen Positionen brauchen Netzwerke – dies ist zwar zeitaufwändig, aber lohnend. Frauen brauchen eine stärkere Lobby – durch Frauen und Männer.

Partei als Ort politischer Betätigung von Frauen

Der Anteil von Frauen an der Mitgliedschaft in Parteien lässt den Schluss zu, dass Parteien nicht zu den bevorzugten Orten der politischen oder gesellschaftlichen Betätigung von Frauen gehören. Am Beispiel der PDS, die immerhin einen Frauenanteil von ca. 46 Prozent hat, seien hier einige Problemsichten bezogen auf Parteiarbeit angeführt.

Der innerparteiliche Zustand der PDS und die damit verbundene Wirksamkeit und Ausstrahlung ist ein zentraler Punkt für Frauen, um die Partei als ernst zu nehmende politische Kraft zu akzeptieren.¹⁰ Dabei gibt es Kritik an der öffentlichen Austragung innerparteilicher Konflikte und der unzureichenden Professionalität in der öffentlichen Darstellung von Politik. Dies wird als eine Ursache für den Mangel an öffentlicher Präsenz

und Wirksamkeit der Partei benannt. Verbunden damit wird die Erwartung, dass die PDS ihre Fähigkeiten ausbauen muss, Perspektiven, Handlungsalternativen und Visionen zur Veränderung der Gesellschaft aufzuzeigen und so ihr Profil zu schärfen.

Hervorgehoben werden Erwartungen an moderne und solidarische Umgangs- und Kommunikationsformen innerhalb der Partei: Offenheit, Transparenz, Klarheit, Verständlichkeit, Kompetenz, die Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln, sowie Konsequenz und Realitätssinn bei der Durchsetzung der eigenen Interessen. Damit werden Qualitätsmerkmale einer modernen Partei benannt. Eine neue Linkspartei darf in ihren Ansprüchen keinesfalls dahinter zurückgehen.

Wichtig ist für Frauen in der PDS mit ostdeutschen Biographien, dass das Ostdeutschland-Image neu besetzt werden sollte. Für Ostdeutsche und besonders für ostdeutsche Frauen trifft nicht das Verliererimage zu, sondern das der Umbruch-Geübten. »Abgeflachte Geschlechterhierarchien« und ökonomische Unabhängigkeit von Frauen als hohe Werte aus der DDR dürfen nicht einfach in Vergessenheit geraten. Bei aktuellen gesellschaftspolitischen Themen ist es ratsam, an DDR-Erfahrungen anzuknüpfen wie Vollerwerbstätigkeit und ausgebauter öffentlicher Kinderbetreuung.

Hat der Erfolg von Angela Merkel vielleicht auch etwas mit ihrer ostdeutschen Sozialisation zu tun? Die Frage muss erlaubt sein. Immerhin sind wenigstens drei ostdeutsche Frauen in die Parteispitzen bundesdeutscher Parteien vorgedrungen: Gabriele Zimmer war Parteivorsitzende der PDS, Cornelia Pieper war Generalsekretärin der FDP und Angela Merkel ist Parteivorsitzende der CDU und nun Kanzlerkandidatin.

Wenn Frauen in der Politik sichtbar werden, ist das zunächst noch kein Indiz für eine um sich greifende Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. In den Parteien gibt es natürlich Differenzierungen: Bündnis 90/Die Grünen haben in dieser Frage offenbar die besten Ergebnisse aufzuweisen, gefolgt von PDS und SPD. Frauen in der Politik müssen Normalität werden, gleichgültig, ob ihre politischen Ausrichtungen Zustimmung finden oder nicht. Die politische Linke sollte ihre Chancen bei Frauen nicht leichtsinnig vertun. Die Unionsparteien sind bestimmt keine Vorreiter in Sachen Geschlechtergerechtigkeit, weshalb der Erfolg von Frau Merkel in besonderem Licht zu sehen ist. Ein durchschlagender Erfolg für gerechte Geschlechterverhältnisse ist ihre Kandidatur sicher nicht, denn die Partizipation von Frauen in Führungspositionen kann mit wachsender Marginalisierung und Ausbeutung anderer Gruppen von Frauen (siehe Hartz IV) einhergehen.

Aber ohne Gerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen kann von Gerechtigkeit in der Gesellschaft keine Rede sein.

9 Vgl. Claudia Roth: Frauenrundbrief NRW Nr. 2, November 2002, S. 4.

10 Vgl. Eva Schäfer: Einstellungen, Positionen, Erwartungen weiblicher Mitglieder der PDS.